

Bye-bye, EU



Der britische Regierungschef David Cameron

Der britische Regierungschef droht damit, dass sein Land aus der Europäischen Union austritt. Das würde allen EU-Mitgliedern schaden.

Redaktion Handelsblatt Düsseldorf

So richtig wohl haben sich die Briten in der Europäischen Union (EU) eigentlich noch nie gefühlt. Doch dass der britische Regierungschef David Cameron jetzt sogar die komplette Mitgliedschaft seines Landes in

der EU infrage stellt, wird in die Geschichtsbücher eingehen. Spätestens Ende 2017 sollen die Wähler in Großbritannien darüber abstimmen, ob ihr Land in der EU bleibt oder aussteigt. Von Helsinki bis

Bis 2017 sollen die Briten über den EU-Austritt entscheiden.

Madrid wurde Cameron dafür kritisiert, im eigenen Land aber auch bejubelt. Auf der Insel gibt es nämlich einige Euro-Skeptiker.

Trotzdem wurden auch Anti-Austritts-Stimmen unter britischen Politikern laut. Großbritannien ist nach Deutschland und Frankreich die drittgrößte Volkswirtschaft in Europa. Die Kritiker befürchten, dass sich das durch Camerons Ankündigung ändern könnte. Ihre Sorge: In der langen Zeit bis zur Entscheidung herrscht eine große Unsicherheit, die Menschen und Unternehmen möglicherweise von größeren Anschaffungen oder Investitionen abhält. Das wiederum würde dazu führen, dass Arbeitsplätze wegfallen und das Wirtschaftswachstum sinkt. Nach einer Analyse des Wirtschaftsinstituts NIESR könnte das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Wert aller Waren und Dienstleistungen, die in einem Jahr in Großbritannien hergestellt werden, dauerhaft um 2,5 Prozent sinken. 2012 lag das BIP bei 1,9 Billionen Euro.

Leiden würden aber auch die anderen EU-Länder - also auch Deutschland. Denn die EU-Mitglieder haben in Europa einen Binnenmarkt geschaffen, in dem es zum Beispiel keine Zölle gibt und in dem Produkte, die in einem EU-Land erlaubt sind, auch in den anderen Ländern verkauft werden dürfen. Wenn das weg-fällt, müssen sich Unternehmen mit mehr Bürokratie herumärgern und haben höhere Kosten. Von der Entscheidung der Briten hängt also einiges ab.

SÜSSIGKEITEN

Wie die Branche darauf reagiert, dass immer mehr Menschen gesünder leben wollen.

SEITEN 2/3

FERNSEHEN

Der neue Rundfunkbeitrag verärgert viele Deutsche.

SEITE 5

BEST OF AUSBILDUNG

Wie die Eltern bei der Berufswahl ihrer Kinder helfen können.

SONDERSEITEN I BIS IV

GESAGT ...

»Vergleichen Sie es mit dem Kinderspielplatz. Auch die Menschen, die keine Kinder haben, müssen [...] für diese Infrastruktur mitzahlen.«



Monika Piel zum Rundfunkbeitrag: Als sie das sagte, war sie Intendantin des WDR (Seite 5)

Handelsblatt Newcomer auf Englisch



Eine englische Übersetzung des Handelsblatt Newcomers gibt es kostenlos auf unserer Internetseite als PDF. Mehr Infos unter: www.handelsblattmacht-schule.de/newcomer

FRAGEN AN



Dietmar Eiden

Dietmar Eiden ist für Veranstaltungen der Koelnmesse GmbH (siehe Spickzettel, Seite 8)

im Ernährungsbereich verantwortlich. Dazu gehört zum Beispiel die Internationale Süßwarenmesse (ISM).

Wohin gehen die Trends in der Süßigkeitenindustrie?

Es gibt viele wichtige Trends. Fair gehandelte Produkte bleiben ein Anliegen der Käufer. Zudem probiert die Branche immer neue Geschmacksrichtungen aus. Aktuelle Neuheiten sind etwa Schokoladen mit Lakritzfüllung oder Bienenpollen. Besondere Ernährungsbedürfnisse sind ebenfalls ein großes Thema. Wir nennen den Bereich „frei von“-Produkte. Ganz wichtig in diesem Zusammenhang: Der genaue Nachweis der Inhaltsstoffe.

Immer mehr Menschen wollen sich gesund ernähren. Macht sich das in der Branche bemerkbar?

Ja. Deshalb sind zum Beispiel die vielen Süßigkeiten mit reduziertem Fett- oder Zuckeranteil auf den Markt gekommen. Auch die „frei von“-Produkte sind speziell für Bevölkerungsgruppen entwickelt worden, die aus gesundheitlichen Gründen auf Zutaten verzichten müssen – etwa auf Laktose, Gluten, Nüsse. Viele möchten zudem wissen, woher die Zutaten stammen. Grundsätzlich ist der wichtigste Kaufgrund aber immer noch, dass ein Produkt schmeckt.

Unterscheiden sich die Produkte deutscher und internationaler Hersteller?

Deutsche Produzenten haben einen sehr guten Ruf, aber natürlich gibt es auch in der Schweiz, in Frankreich oder Belgien Top-Marken. Wichtige Vorgaben für die Produktion machen in erster Linie die Märkte. Es gibt große Geschmacksunterschiede in den Ländern. Osteuropäer mögen es sehr süß. Und Fruchtgummis mit Schweine-Gelatine können nicht in Länder geliefert werden, in denen Schweine aus religiösen Gründen nicht verzehrt werden.

Die Fragen stellte **Maren Kienaß**, Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg. Die Langversion des Interviews unter: www.handelsblattmachtschule.de/newcomer



Zuckerfreier Süßkram?

Schokolade, Chips, Gummibärchen – Süßigkeiten kann kaum jemand widerstehen. Weil sich aber auch immer mehr um ihre Gesundheit sorgen, muss die Branche etwas tun.

Christoph Kapalschinski
Handelsblatt Düsseldorf

Fast 32 Kilogramm Süßigkeiten hat jeder Deutsche laut Zahlen des Bundesverbands der Deutschen Süßwarenindustrie (BDSI) 2012 im Schnitt gegessen. 114 Milliarden Euro gaben alle zusammen dafür aus – das ist etwas mehr als im Vorjahr. Bei Kindern und jüngeren Jugendlichen geht meist ein Großteil des Taschengelds für süße Sachen drauf. Doch weil immer mehr gesünder essen wollen, müssen auch die Hersteller mehr Wert auf Gesundheit legen – oder das zumindest behaupten.

2012 produzierte die Branche rund 3,8 Mio. Tonnen Süßigkeiten.

Die Süßwarenbranche in Deutschland ist mittelständisch geprägt. Traditionshersteller wie Gummibärchen-Produzent Haribo, der Fruchtgummi- und Lakritz-Spezialist Katjes oder der Schokoladen-Hersteller Ritter Sport prägen das Bild. Haribo erzielt nach Unternehmensangaben rund zwei Milliarden Euro Umsatz pro Jahr, Ritter Sport lag 2011 bei etwa 330 Millionen Euro. Einige Anbieter, wie der Schokoladenproduzent Rubezahl, sind das ganze Jahr über fast nur bei Saisonware aktiv. Das Unternehmen stellt beinahe ausschließlich Schokoweihnachtsmänner und -osterhasen her.

Den Mittelständlern gegenüber stehen große internationale Konzerne wie Mondelez (früher Kraft), der mit Marken wie Milka auf jährlich 35 Milliarden Euro Umsatz kommt, oder der Schokoriegel-Hersteller Mars mit weltweit 30 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr. Insgesamt exportierte die deutsche Süßwarenindustrie 2012 laut BDSI Waren für 5,7 Milliarden Euro.

Zunehmend Druck erhält die Branche derzeit jedoch von Verbraucherschützern. Ihnen geht es um die Gesundheit der Konsumenten. Hintergrund: In Deutschland leiden 67 Prozent der Männer und 53 Prozent der Frauen an Übergewicht, fettüchtig sind 16 Prozent. Das hat das Robert-Koch-Institut - eine zentrale Einrichtung der Bundesregierung, die Krankheiten erkennen und eindämmen soll - herausgefunden.

Die Krankenkassen geben 17 Milliarden Euro aus, um etwa Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Gelenkschäden als Folgen der Fettleibigkeit zu bekämpfen.

Die Verbraucherschützer wollen erreichen, dass Produzenten von zuckerhaltigen Lebensmitteln besser über die Inhaltsstoffe aufklären.

Kürzlich haben sie zum Beispiel bewirkt, dass Imbissketten oder Restaurants in New York den Kaloriengehalt ihrer Speisen und Getränke kennzeichnen müssen. In Europa dagegen konnten sich die Hersteller bislang erfolgreich gegen vergleichbare Gesetze wehren. Es scheiterte zum Beispiel die Einführung von Farbsymbolen auf Kartons und Flaschen, die sogenannte Ampelkennzeichnung. Rote Punkte sollten besonders zuckerhaltige Produkte anzeigen.

Um solchen Vorgaben zuvorzukommen, bemüht sich die Industrie derzeit um ein freundliches Image. Mars etwa hat im Internet ein Portal eingerichtet, auf dem sich Eltern über „gesundes Naschen“ informieren sollen. Zudem will der Konzern besonders ungesunde Fette aus seinen Riegeln verbannt haben.

Solche Initiativen beziehen sich nicht nur auf reine Süßigkeiten, sondern auf zu-

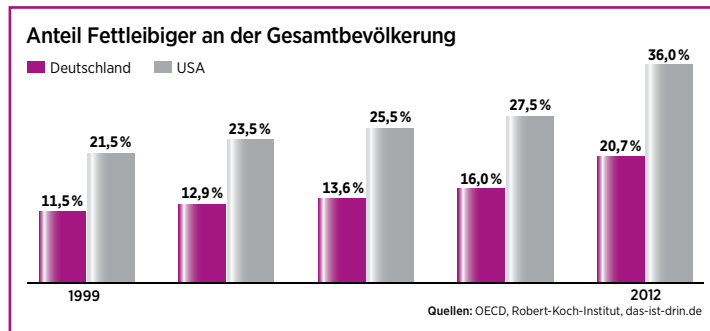
aus – etwa das neu eingeführte Kokoswasser. Zudem drucken viele Hersteller inzwischen die Nährwerte auf ihre Packungen.

Doch bei all diesen Bemühungen bleibt ein Problem: Die freiwillige Kennzeichnung folgt kaum Regeln. So setzen die Hersteller oft recht willkürliche Portionsmengen fest, um niedrige Kaloriengehalte nachweisen zu können. Auf vielen Tiefkühlpizzen etwa prangt die Kalorienzahl für eine halbe Pizza, auf Getränken die für 100 Milliliter.

Kritiker wie Foodwatch sehen in den Aktionen der Firmen daher insgesamt eher ein Ablenkungsmanöver.

„Es gibt eine Reihe von Unternehmen, die sich des Themas Übergewicht nur annehmen, weil es gerade angezeigt ist“, sagte ein Foodwatch-Sprecher. Sie wollten nur klarmachen, dass eine Regulierung nicht nötig sei. Schließlich könnten neue Regeln Umsatz kosten oder die Produktion verteuern.

Politiker und Behörden, etwa bei der Brüsseler **EU-Kommission** (siehe Spickzettel, Seite 8), werden sich daher wohl weiter mit Vorgaben für die Branche beschäftigen.



ckerhaltige Nahrungsmittel allgemein. So hat der weltgrößte Lebensmittelkonzern Nestlé nach Kritik der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch den Zuckergehalt von Frühstücksflocken gesenkt. Auch der Müsli-Hersteller Kölln bietet zuckerreduzierte Varianten seiner Produkte an.

Coca-Cola schaltet sogar Werbespots, die Kunden dazu bewegen sollen, von zuckerhaltiger Cola auf zuckerfreie Cola Zero umzusteigen. Und die neuen Getränkesorten kommen meist mit weniger Zucker

Das sagen Schüler dazu:

„Ich glaube nicht an Lightprodukte.“
Melina, Jahrgang 13



BERUFSBILD: KOCH

Multitalente in der Küche

Tim Mälzer, Steffen Henssler, Cornelia Poletto – wer kennt diese Namen nicht? Seit

Jahren schauen Fans von Kochsendungen Spitzenköchen über die Schulter. Die Profis zeigen uns, womit sie sich tagtäglich in Restaurants, Hotels, Kantinen, Krankenhäusern oder auf Kreuzfahrtschiffen beschäftigen: Sie kochen, backen und richten Speisen appetitlich an.

Doch ein Koch lernt in seiner Ausbildung noch viel mehr. Er muss

Speisepläne gestalten, Preise kalkulieren und Arbeitsabläufe in der Küche organisieren können. Das alles geschieht in der Praxis sehr oft unter hohem Zeitdruck. Wer einen Job am Herd anstrebt, sollte also nicht nur kreativ und handwerklich geschickt sein, sondern auch belastbar, strukturiert und teamfähig.

Die Arbeitszeiten von Köchen sind meist unregelmäßig. Auch abends und am Wochenende sind sie im Einsatz. Dabei beginnt der Arbeitstag zugleich sehr früh: Auf den Großmärkten besorgen sie

morgens frisches Fleisch, Fisch, Gemüse, Obst und alle anderen Zutaten für den aktuellen Speiseplan.

Um als Koch zu arbeiten, muss man eine dreijährige Ausbildung in Betrieben des Gastgewerbes oder der Hotellerie absolvieren. Die Ausbilder vermitteln die Grundlagen des Handwerks und Wissen rund um Lebensmittel. Köche können als Angestellte, Selbstständige oder **Freiberufler** (siehe Spickzettel, Seite 8) tätig werden. Weitere Infos unter: www.dehoga-bundesverband.de



Eine Köchin prüft das Aroma.

Izabela Bieda

Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg



Marissa Mayer soll das ehemalige Vorzeigeunternehmen Yahoo wieder profitabel machen. Keine einfache Aufgabe für die junge Chefin.

Beate Faulborn

Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg

Selbstbewusst hat sie eine gewaltige Herausforderung angenommen. Marissa Mayer soll den schwer angeschlagenen Internetpionier Yahoo wieder auf Kurs bringen. Ihre ersten Manö-

ver scheinen gelungen zu sein: Nachdem die Managerin das Ruder im Juli 2012 als Vorstandsvorsitzende übernommen hat, stieg der Umsatz des amerikanischen Internetportals erstmals wieder seit 2008.

Die Branche ist der 38-Jährigen nicht unbekannt. Vor Yahoo hieß ihr Arbeitgeber nämlich Google. Dort startete Mayer 1999 nach einem Informatikstudium an der amerikanischen Eliteuniversität Stanford ihre Karriere. Sie war die 20. Mitarbeiterin des damals noch kleinen und unbekanntes Unternehmens. Zusammen mit ihren Kollegen brachte die Amerika-

nerin die Suchmaschine in die absolute Top-Position unter den Internetseiten.

Von dem Können der Top-Managerin will nun Konkurrent Yahoo profitieren. Ende der 1990er-Jahre gehörte die Seite zu den bekanntesten und beliebtesten im Internet. Doch im Laufe der Jahre wurde sie von der Suchmaschine mit den sechs bunten Buchstaben verdrängt. Die Ziele für die neue Yahoo-Chefin sind klar definiert: Besucherzahlen und Werbeeinnahmen sollen wieder steigen.

Keine leichte Aufgabe. Da nämlich immer mehr Menschen mit Smartphones und Tablets im Internet surfen, lässt sich Werbung dort nicht mehr so groß einblenden wie auf herkömmlichen Bildschirmen. Die Unternehmen zahlen entsprechend weniger Geld dafür. Immerhin: Durch einen Fotodienst und das Yahoo-Mailprogramm bleiben mittlerweile schon wieder mehr Leute länger auf der Seite. Für den Ausbau dieser Dienste hat die Firmenchefin extra 120 neue Informatiker eingestellt.

Privat ist Marissa Mayer seit vier Jahren mit einem Anwalt verheiratet. Im Oktober - kurz nach Antritt bei Yahoo - hat sie ihr erstes Kind, einen Sohn, bekommen. Berichten zufolge soll sie direkt vom Klinikbett aus weitergearbeitet haben.

Heino grüßt Rammstein

Michael Koch

Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg

Wie sich die Zeiten ändern: Früher musste man Heino nur erwähnen, und die Teenager ergriffen die Flucht. Viele belächelten den blonden Sänger mit der schwarzen Sonnenbrille und dem rollenden R. Ihre Hörer fanden die Lieder vom „blauen Enzian“ und der „schwarz-braunen Haselnuss“ eher in der Altersgruppe 65+.

Und heute? 46 Jahre nach Veröffentlichung seiner ersten Platte stand der gebürtige Düs-

seldorfer erstmals an der Spitze der deutschen Charts. Eine clevere Marketingidee brachte den ungeahnten Erfolg: Heino singt auf seinem neuen Album „Mit freundlichen Grüßen“ Songs bekannter deutscher Pop- und Rockstars wie Sportfreunde Stiller, Rammstein und Die Ärzte. Passend dazu hat er sein Styling mit Totenkopfring und Lederjacke aufgepimpt.

Der Überraschungseffekt war auf Heinos Seite. Aus Alt mach Neu - das Projekt ist gelungen. Die Medien berichten, die

Menschen diskutieren und vor allem: Viele kaufen. Währenddessen müssen die Künstler, deren Lieder er schmettert, zähneknirschend zuschauen. Denn Heino spielt die Stücke eins nach dem anderen und muss sich deshalb, so will es das deutsche Recht, nicht deren Zustimmung einholen. Aber allzu traurig werden Peter Fox

und Co. nicht sein. Immerhin verdienen sie als Autoren an jeder CD und jedem Download mit.

So sehen's Schüler



Ärger in der ersten Reihe

Viele Zuschauer halten die neue Rundfunkabgabe für das öffentlich-rechtliche Fernsehen für ungerecht und nicht mehr zeitgemäß.

Hans-Peter Siebenhaar
Handelsblatt Düsseldorf

Es gibt mal wieder Ärger mit den Rundfunkgebühren. Zu Jahresbeginn haben ARD, ZDF und Deutschlandradio das Entgelt für eine Grundversorgung in Sachen TV- und Radioprogramm geändert. Bis Ende 2012 musste zahlen, wer die Sender über Fernseher, Radio oder Notebook empfängt. Jetzt wird grundsätzlich jeder zur Kasse gebeten, auch wenn er die Öffentlich-Rechtlichen gar nicht nutzt. Und das sogar lebenslang. Pro Haushalt werden seit Januar 17,98 Euro pro Monat fällig.

Deutschland besitzt mit 22 Fernsehkanälen und 67 Radiosendern das teuerste öffentlich-rechtliche Rundfunksystem in Europa. In keinem anderen europäischen Land haben die Anstalten so viel Geld - über 7,5 Milliarden Euro nehmen sie jährlich ein. Ob der neue Beitrag Mehreinnahmen bringt, ist umstritten. ARD und ZDF bestreiten das. In der Wirtschaft sagen hingegen einige, dass viele Hundert Millionen Euro zusätzlich fließen werden.

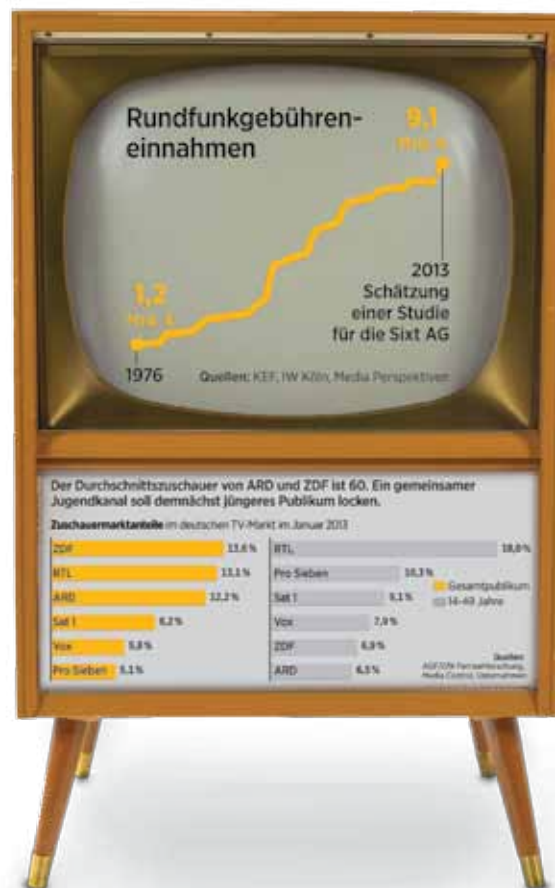
Über Jahrzehnte waren ARD und später ZDF die einzigen Rundfunkanbieter. Das änderte sich erst mit der Zulassung von privaten Wettbewerbern in den 1980er-Jahren. Damals entstanden RTL, Pro Sieben, Sat 1 und andere Privatsender. Das Privatfernsehen wird heute von zwei großen Konzernen dominiert: der RTL Group, zu der auch Vox und N-TV gehören, und Pro Sieben Sat.1 mit

Kabel 1 und Sixx. Beide Unternehmen sind an der **Börse** (siehe Spickzettel, Seite 8) notiert und gelten als hochprofitabel - obwohl sie von der Rundfunkgebühr nichts abbekommen. Sie verdienen vor allem mit Werbung und Aktivitäten jenseits des Fernsehens. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll sich hingegen nur zu einem sehr kleinen Teil aus Werbung finanzieren. Sie haben ja die Gebühr.

So unterschiedlich die Finanzierung der Anbieter ist, so ähnlich sind sich aber mittlerweile die Programme. Daher verstehen viele Zuschauer nicht mehr, warum sie das eine gratis bekommen und für das andere zahlen sollen. Wie sehr sich die Sender annähern, zeigt auch die Auswahl der Moderatoren. Sie wechseln zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern hin und her. So haben sich kürzlich Joko und Klaas vom ZDF verabschiedet und bei Pro Sieben angeheuert. Dort machen sie mit „Circus Halligalli“ nach eigener Aussage das Gleiche wie zuvor mit „Neoparadise“. Moderatoren wie Günther Jauch arbeiten sogar für beide Seiten - RTL und ARD. Insider berichten, Jauch soll für Moderation und Produktion seiner sonntäglichen Talkshow im Ersten jährlich 10,5 Millionen Euro erhalten.

Das sagen Schüler dazu:

„Für unabhängige Berichterstattung finde ich eine Bezahlung gerechtfertigt.“
Lea, Jahrgang 11



KOMMENTAR Freiwilligkeit statt Zwang



Hans-Peter Siebenhaar
Handelsblatt

Wir können uns derzeit kaum retten vor Medienangeboten. Den Bürger trotzdem dazu zu verpflichten, für eine „Grundversorgung“ von ARD, ZDF und

Deutschlandradio jährlich 215,76 Euro zu zahlen, ist nicht nur obrigkeitstaatlich, sondern einfach nicht mehr zeitgemäß. Es ist schon erstaunlich, dass kaum eine politische Partei einen ernsthaften Versuch unternimmt, dieser Überversorgung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit mittlerweile 22 Fernsehkanälen und 67 Radiosendern einen Riegel vorzuschieben. Weniger wäre hier sicherlich mehr.

Warum setzt der öffentlich-rechtliche Rundfunk bei der Finanzierung nicht einfach auf die Freiwilligkeit seiner Nutzer? Wer die Programme sowie die Internetangebote von ARD, ZDF und Deutschlandfunk nutzen will, soll dafür zahlen - aber eben aus eigenem Antrieb, weil er persönlich Inhalte, Geschäftsmodell oder schlichtweg die Institution für unverzichtbar hält.

Die Kirchen führen solch ein freiwilliges Finanzierungsmodell mustergültig vor. Wer keine Kirchensteuern zahlen möchte oder nicht mit der Arbeit der Kirchen einverstanden ist, kann austreten. Dennoch zahlen in Deutschland 24,6 Millionen Katholiken und 23,9 Millionen Protestanten freiwillig jährlich insgesamt über neun Milliarden Euro an Kirchensteuer in die Kasse ihrer Kirchen ein.

Bayern zahlen für Berliner

Axel Schrinner

Handelsblatt, 17.1.2013

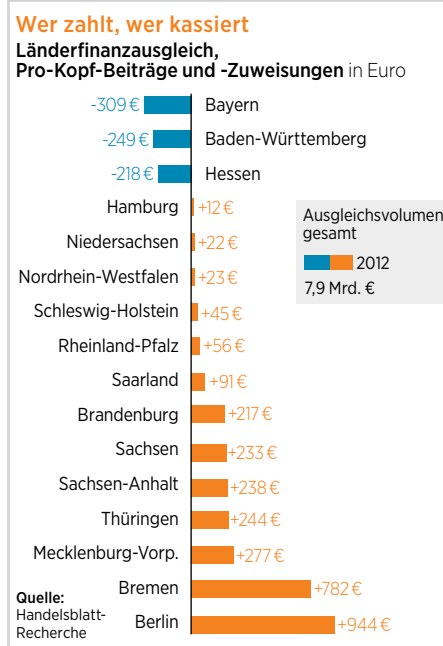
Die Kluft zwischen armen und reichen Bundesländern wird immer größer. Dies zeigt die vorläufige Abrechnung des Länderfinanzausgleichs für 2012. Erstmals in der Geschichte des gesamtdeutschen Ausgleichssystems gibt es nur noch drei Zahlerländer - und 13 arme Nehmerländer. [...] Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zahlten insgesamt 7,9 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich ein. Das Ausgleichsvolumen stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 600 Millionen Euro (siehe Grafik).

Der Länderfinanzausgleich ist politisch sehr umstritten. Bayern und Hessen bereiten derzeit eine Klage vor dem **Bundesverfassungsgericht** vor. Ihr Ziel: die Deckelung des Ausgleichsvolumens. [...]

Mit Abstand größter Nutznießer des derzeitigen Länderfinanzausgleichs ist Berlin. Mit 3,3 Milliarden Euro fließen gut 40 Prozent des insgesamt umverteilten Geldes in die Hauptstadt; rechnerisch bekam 2012 jeder Berliner 944 Euro aus dem Finanzausgleich - und damit noch einmal 69 Euro mehr als im Jahr zuvor. [...]

Entgegen anderslautenden Behauptungen aus der Politik gibt es keinen Zusammen-

hang zwischen solider **Haushaltsführung** und hohen Finanzausgleichsbelastungen. Entscheidend dafür, ob ein Land Geber oder Nehmer ist, ist allein seine Finanzkraft, also die Höhe seiner Steuereinnahmen. Die Ausgaben eines Landes und daraus möglicherweise resultierende **Haushaltslöcher** spielen keine Rolle.



Ein Handelsblatt-Artikel mit Erklärungen für Schüler

Das **Bundesverfassungsgericht** ist das höchste deutsche Gericht. Es gilt als Hüter der deutschen Verfassung, dem Grundgesetz. Die Richter prüfen aufgrund von Klagen zum Beispiel, ob verabschiedete Gesetze oder politische Entscheidungen dem Grundgesetz entsprechen. Ist das nicht der Fall, erklären sie sie für verfassungswidrig und zwingen die politischen Akteure zu Veränderungen. Dadurch hat das Gericht mit Sitz in Karlsruhe eine hohe politische Bedeutung.

In den **Haushalt** eines Bundeslandes fließen verschiedene Einnahmen - vor allem Steuern und öffentliche Abgaben. Die Gelder verwenden die Länder für die vielfältigen staatlichen Aufgaben, zum Beispiel für den Bau von Schulen. Die **Haushaltsführung** beschreibt den Umgang der zuständigen Politiker mit den Einnahmen und Ausgaben. Sind die Ausgaben über einen längeren Zeitraum höher als die Einnahmen, entstehen **Haushaltslöcher**.

WAS BEDEUTET DAS?

Deutschland hat 16 Bundesländer, deren wirtschaftliche Strukturen sich deutlich voneinander unterscheiden. Im Süden gibt es zum Beispiel viele Unternehmen und damit Arbeitsplätze. In vielen ostdeutschen Regionen sieht das anders aus. Infolgedessen verbuchen die Länder auch unterschiedlich hohe Steuereinnahmen. Damit die Lebensverhältnisse der Bundesbürger einigermaßen einheitlich sind, hat der Gesetzgeber 1950 den Länderfinanzausgleich im Grundgesetz verankert: Die rei-

chen Länder müssen die schwachen Länder unterstützen. Sie geben ihnen nach einem festgelegten Verteilungsschlüssel einen Teil ihrer Steuereinnahmen ab. Dabei können die Länder im Laufe der Zeit ihre Rollen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Entwicklungen auch wechseln. Nordrhein-Westfalen etwa hat früher die höchsten Beiträge gezahlt, gehört aber seit 1985 zu den Geldempfängern. Nur Baden-Württemberg und Hessen haben bislang immer geben müssen.

Warum sorgen die Zahlungen für Streit?

Mittlerweile gibt es nur noch drei sogenannte Geberländer. Zumindest die Landesregierungen von Hessen und Bayern sehen hierin eine ungerechte Verteilung. Sie kritisieren vor allem, dass unberücksichtigt bleibt, wie die Regierungen der Empfängerländer mit ihren Mitteln umgehen. Während Familien in Bayern beispielsweise für Kindertagesstättenplätze zahlen müssen, bekommen die Berliner diese teilweise gratis.

Dadurch erhöhen sich natürlich die Landesausgaben. Gleichzeitig fließt Geld von den bayerischen Steuerzahlern, um das auszugleichen. Nach dem Wunsch der zahlenden Länder soll in Zukunft bei der Festlegung der Geldströme darauf geachtet werden, wie in den einzelnen Ländern gehaushaltet wird.

Michael Koch

Institut für Ökonomische Bildung
Oldenburg

Hauptsache, ungewöhnlich

Jedes Jahr kommen viele neue Bücher in die Läden. Das richtige auszusuchen ist oft gar nicht so einfach. Paula beschreibt, wie sie sich entscheidet.

Paula Koch (Jahrgang 8)
Herbartgymnasium Oldenburg

Lesen ist eines meiner größten Hobbys. Auf dem Markt gibt es unendlich viele Bücher. Doch wie suche ich eigentlich meinen neuen Lesestoff aus?

Meistens gehe ich einfach in eine Buchhandlung und sehe mir die dort ausgestellten Bücher in Ruhe an. Das Cover ist bei der Auswahl sehr wichtig für mich. Es ist

das Erste, was auffällt. Wenn das Bild ungewöhnlich gestaltet ist, dann finde ich es gleich interessant.

Aber auch der Titel eines Romans ist für mich ausschlaggebend. Ist er langweilig, geht der Blick meist gleich weiter. Nur wenn der Titel kreativ und einfallsreich ist, gucke ich mir das Buch genauer an und lese auch den Klappentext auf der Rückseite.

Hat mir der Roman eines Autors besonders gut gefallen, lese ich danach meist weitere Titel von ihm. Aber auch wenn Bücher gerade sehr angesagt sind, probiere ich sie gerne aus. So war es zum Beispiel bei „Die Tribute von Panem“ und „Twilight“. Auf Lesetipps von Bekannten höre ich dagegen seltener.



Paula Koch liest gerne.

Viele Jugendbücher handeln leider von den gleichen Themen: Liebes- und Trennungsgeschichten. Auf Dauer finde ich das langweilig und vorhersehbar. Deshalb neige ich eher zu Fantasy-Büchern. Werden diese oder andere Romane verfilmt, wie zum Beispiel demnächst der neue Percy Jackson, lese ich immer erst das Buch, bevor ich ins Kino gehe. Ich finde es schöner, wenn ich mir die Orte und Charaktere der Geschichte selbst vorstellen kann, ohne andauernd die Schauspieler des Films vor Augen zu haben.

Irland – eine unvergessliche Erfahrung

Lea Schönborn (Jahrgang 11)
Helene-Lange-Schule Oldenburg

Vor über einem Jahr entschied ich mich für einen Auslandsaufenthalt in Irland. Ende August 2012 ging es dann los. Für ein halbes Jahr lebte ich in einer irischen Familie im Norden der Insel und besuchte dort die Schule. Organisiert hat den Aufenthalt eine Austauschagentur.



Lea Schönborn in Irland.

In meiner irischen Familie hatte ich zwei kleine Gastgeschwister. Außerdem hatten meine Gasteltern zur gleichen Zeit eine gleichaltrige italienische Austauschschülerin aufgenommen. In Deutschland lebe ich in der Stadt Oldenburg, in Irland wohnte ich auf dem Land zwischen Kühen und Schafen. Die nächste Stadt Monaghan mit etwa 5000 Einwohnern war mit dem Auto in zehn Minuten zu erreichen.

Obwohl Irland gar nicht so weit von Deutschland entfernt ist - mit dem Flugzeug braucht man nur zwei Stunden -, habe ich viele kulturelle Unterschiede entdeckt. So musste ich mich unter anderem an das üppige Fleischessen und den Linksverkehr gewöhnen. Doch genau die Unterschiede machen einen Austausch erlebenswert und interessant.

An meiner Schule in Monaghan gab es Uniformen. Anfangs konnte ich keine Krawatte binden, habe es mit der Zeit aber gelernt. Ich besuchte das „6th year“, den Abschlussjahrgang. Die Lehrer und Schüler waren sehr auf den bevorstehenden Ab-

schluss und die anschließende Zukunftsplanung konzentriert. Die Collegewahl meiner Freunde stand an. Daher machten sich auch viele meiner Mitschüler Gedanken darüber, ob sie aus Monaghan oder sogar Irland wegziehen sollen - gerade in Anbetracht der hohen Jugendarbeitslosigkeit.

Ich bin froh, dass ich noch zwei Jahre habe, mir über meine Zukunft Gedanken zu machen. Doch der Austausch war schon ein großer Schritt in Richtung Selbstständigkeit.

FACEBOOK



Wir wollen euch kennenlernen! Berichtet uns doch etwas über eure Schule, schreibt einen Leserbrief, kommentiert die Artikel oder postet eure Meinung auf Facebook. Hier könnt ihr euch auch untereinander austauschen. Eure Ideen sind jederzeit willkommen: www.facebook.com/handelsblattmachtschule oder hb.schule@vhb.de

Spickzettel

Wichtige Begriffe dieser Ausgabe im Überblick

GmbH, Seite 2

Die Abkürzung bedeutet Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die GmbH ist eine mögliche Rechtsform für ein Unternehmen. Bei ihr gibt es meist wenige Eigentümer (Gesellschafter), die sich mit relativ viel eigenem Kapital am Unternehmen beteiligen. Als Grundausstattung braucht eine GmbH mindestens 25000 Euro (Stammkapital). Zur Leitung bestimmen die Gesellschafter eine Geschäftsführung.

EU-Kommission, Seite 3

Sie ist ein Organ der Europäischen Union (EU) mit Sitz in Brüssel. Die Kommission vertritt europäische Interessen, schlägt Gesetze vor und formuliert Entwürfe, entscheidet bei der EU-Haushaltsgestaltung mit und wacht über die Einhaltung von Verträgen. Jeder EU-Mitgliedstaat entsendet einen Kommissar, der für ein bestimmtes Sachgebiet zuständig ist (ähnlich wie ein Minister auf Bundes- oder Landesebene).

Freiberufler, Seite 3

Wer sich selbstständig machen möchte, hat zwei Möglichkeiten: Er kann als Gewerbetreibender tätig werden oder als Freiberufler. Die Unterscheidung ist nicht immer ganz einfach. Generell gilt aber: Gewerbetreibende sind meist in den Bereichen Handwerk, Industrie und Handel tätig. Freiberufler übernehmen oft schriftstellerische, künstlerische oder soziale Aufgaben. Außerdem zählen Ärzte, Anwälte und Architekten zu den freien Berufen.

Börse, Seite 5

Börsen sind Märkte, auf denen Finanzwerte (zum Beispiel Aktien oder Währungen) gehandelt werden. Diese werden von Börsenmaklern im Auftrag von Unternehmen und Privatpersonen ver- oder gekauft. Der Preis, der sich aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bildet, nennt sich Kurs. Er kann sich ständig ändern. Die wichtigste deutsche Börse ist in Frankfurt.



Dieter Fockenbrock (Chefkorrespondent Handelsblatt) und Hans Kaminski (Direktor IÖB)

Liebe Leserinnen und Leser,

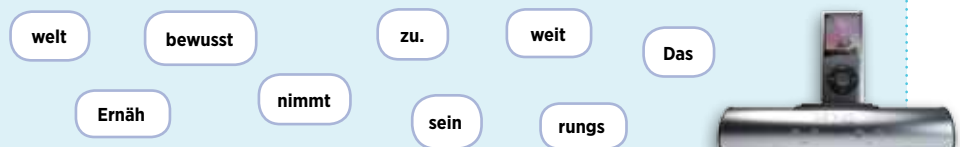
ein paar Schokoosterhasen liegen vielleicht noch im Schrank. Der Süßwarenindustrie bescheren solche Saisonartikel immer gute Umsätze. Wir haben uns die Branche mal genauer angesehen (Seiten 2/3). Süßes ist in Deutschland sehr beliebt. Zugleich achten die Verbraucher aber zunehmend auf ihre Gesundheit. Die Unternehmen reagieren darauf mit verschiedenen Strategien.

Außerdem haben wir den Britischen Inseln einen Besuch abgestattet: Weil die Regierung Großbritanniens laut über den Ausstieg aus der EU nachdenkt, haben wir uns in der Titelgeschichte mit den möglichen Folgen dieser Entscheidung beschäftigt (Seite 1). Weiterhin schreibt eine Schülerin über ihre Erfahrungen mit dem irischen Schulleben (Seite 7).

Wir wünschen eine gute Zeit mit dieser Frühlingausgabe des Handelsblatt Newcomers.

Gewinnspiel

Sortiere die Silben in der richtigen Reihenfolge, sodass sich ein sinnvoller Satz ergibt. Die Aussage bezieht sich auf ein Thema dieses Handelsblatt Newcomers. Gehe auf www.handelsblattmachtschule.de/newcomer und trage den Lösungssatz und deine E-Mail-Adresse ein. Zu gewinnen gibt es diesmal ein Hi-Fi Stereo Sound System für den iPod.



Einsendeschluss ist der 31. Mai 2013.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Viel Erfolg!

Impressum

Herausgeber: Dieter Fockenbrock, Vi.S.d.P. (Handelsblatt) und Hans Kaminski (Institut für Ökonomische Bildung IÖB, Uni Oldenburg)

Redaktion: Melanie Rübartsch

Konzept: Katrin Eggert, Dieter Fockenbrock, Hans Kaminski, Michael Koch

Art Director: Stefan Vieten

Koordination: Maren Kienaf, Melanie Rübartsch

Layout und Fotos: Sandra Janzso, Corinna Thiel

Handelsblatt Newcomer-Online: Eva Erb-Schulze

Marketing und Vertrieb: Elisabeth Albers

Englische Übersetzung: John Dalbey für PONS GmbH

Verlag: Handelsblatt GmbH

Geschäftsführung: Gabor Steingart (Vorsitzender), Jörg Mertens, Claudia Michalski
Kasernenstr. 67, 40213 Düsseldorf
Tel.: +49 (0) 211-887-0

Druck: kuncke druck GmbH,
Kornkamp 24, 22926 Ahrensburg

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Paula Koch, Lehrer und Schüler des Alten Gymnasiums und der Helene-Lange-Schule Oldenburg (Ortrud Reuter-Kaminski, Emely Bagge, Martha Heeke, Anton Herrschel, Jonas Klusmann, Lena Matthes, Melina Maurer, Yannoh Mügge, Lea Schönborn, Luca Schüler)

Fragen und Feedback: hb.schule@vhb.de oder über Facebook (www.facebook.com/handelsblattmachtschule). Für Unternehmen mit Interesse an einer Partnerschaft: hb.schule@vhb.de
Handelsblatt Newcomer erscheint alle zwei Monate.

Sie als Lehrkraft können Handelsblatt Newcomer für Ihre Schüler kostenlos bestellen:
www.handelsblattmachtschule.de/newcomer

Bildmaterial mit freundlicher Unterstützung von:



Programme mit freundlicher Unterstützung von:

